



# Licht und Schatten in der Regierungspolitik Baden-Württemberg

Am Ende des Jahres 2017 ziehen wir eine durchwachsene Bilanz zur Politik im Land. Die politische Zusammenarbeit mit den Parteien im Landtag und insbesondere mit den Regierungsparteien hat sich seit dem Regierungswechsel deutlich verbessert – wir sind auf einem guten Weg.

Wir sind in einem ständigen Dialog und ich darf feststellen, dass man auf unseren Rat hört. Das galt schon immer stärker für die CDU mit ihrem amtierenden Innenminister Strobl. Intensiver wurde auch die Kommunikation mit der Grünen-Führungsebene. Und ich glaube, das ist auch gut so, wenn es um die Themen der Innenpolitik, der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, aber auch um die Beschäftigten in der Polizei und dem öffentlichen Dienst geht.

Es gibt viele Punkte, die man gemeinsam mit der Politik auf den Weg brachte und teilweise bereits umgesetzt hat. Wir sind auch nicht die ewigen Nörgler; wer Gutes tut, darf dafür auch mal gelobt werden.

Unsere jüngsten Äußerungen zum Bildungsnotstand in der Polizei haben wie ein Ruck gewirkt. Seit Jahren wurden jetzt erstmals wichtige Entscheidungen für die Bildungsstand-

orte und die Polizeiausbildung getroffen. Zwar gibt es hier noch viel zu tun, aber die Richtung stimmt. Nach der Zerschlagung der Bildungsstandorte durch die Vorgängerregierung und den Verlust der Zukunftsfähigkeit in der Aus- und Fortbildung der Polizei dürfen wir einen Wandel und einen richtigen Kurswechsel verzeichnen.

Die Polizeireform 2014 war einer der größten sicherheitspolitischen Fehler in unserem Land. Mit den ersten zaghaften Veränderungen nach einer teilweise katastrophalen Evaluation, die lediglich aus parteipolitischen Erwägungen einige wenige positive Aspekte zu benennen hatte, hat jetzt die Reform der Reform Fahrt aufgenommen. Damit werden die größten Fehler beseitigt.

Mit großer Kraft hat man an den Ausrüstungsdefiziten gearbeitet. Manch einer mag es nicht verstehen, wenn wir immer wieder auf die Defizite hinweisen und damit unseren Kolleg(inn)en eine Stimme verleihen. Aber die Polizei fährt in manchen Bereichen mit der Dampflok und die Verbrecher mit dem ICE. Auch wenn wir manche Steigung sicher nehmen, gibt es viele Strecken, in denen wir nicht hinterher kommen. Das ist beispielsweise im gesamten digitalen Bereich so. Im Jahr 2017 wurden einige wichtige

Rechtsgrundlagen geschaffen. Das versetzt die Polizei in die Lage, Verbrechen besser vorzubeugen und besser zu verfolgen. Gerade im gesamten Terrorismussegment unabdingbar.

Mit der Abkehr von der Kennzeichnungspflicht haben Grüne und CDU in erster Linie ihr Vertrauen gegenüber der Polizei deutlich gemacht und grenzen sich gegenüber einigen anderen Bundesländern ab. Die Polizei stellt täglich unter Beweis, dass sie dieses Vertrauen mit unglaublich hohem Einsatzwillen und Leistungsbereitschaft, oft weit über der Belastungsgrenze, verdient.

Als kleine Maßnahme mit großer Wirkung kann man auch die Freifahrt in Uniform in allen Zügen der Deutschen Bahn bezeichnen. Damit sorgen viele Polizeibeamte bereits auf dem Weg von und zum Dienst für Sicherheit in unseren Zügen – und der eigene Geldbeutel wird geschont. Und vielleicht nimmt sich die Regierung ein Beispiel an Hessen, wo Polizeibeschäftigte (auch ohne Uniform) kostenlos fahren.

Die Entscheidung, mindestens 1 500 zusätzliche Beschäftigte (zu den Altersabgängen) in der Polizei einzustellen (900 Polizeibeamte und 600 Tarifbeschäftigte/Verwaltungsbeamte) basiert auf der Forderung der DPoIG und kann nur ausdrücklich begrüßt werden. Die Forderungen der DPoIG um eine weitere Erhöhung des Personalbestandes von 2 000 Polizeibeamten ist be-



> Ralf Kusterer

© DPoIG BW

reits in der politischen Diskussion. Wo Licht ist, da ist auch Schatten. In der Zukunft gilt es, für die seit Jahren auf unserer Agenda stehenden Themen gemeinsam mit der Politik Lösungen zu finden. Dafür stehen wir in einem engen Dialog mit den Parteien im Landtag. Beispiele hierzu:

**Gesundheitsvorsorge:** Im Jahr 2013 wurde eine Kürzung der sogenannten Beihilfe von 70 beziehungsweise 80 Prozent auf 50 Prozent vorgenommen. Besonders betroffen sind dabei die Kinder und Ehefrauen der Beamten. Kein anderes Bundesland hat diese Regelung und wir haben diese wahrlich nicht verdient. Wer tagtäglich den Kopf für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hält, der hat für sich und seine Familie die beste Gesundheitsvorsorge verdient, die es geben kann.

**Zulagen:** Ein Großteil der Polizei arbeitet zu Zeiten, an denen andere Menschen Freizeit haben. Die Arbeit, die in diesen

## Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger  
(V. i. S. d. P.)  
Schwabenstraße 4  
76646 Bruchsal  
Telefon 07251.3924990  
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon 07 11/99 79 474-0  
Telefax 07 11/99 79 474-20  
Internet: www.dpolg-bw.de  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830



Zeiten geleistet wird, verdient mehr als die bisherigen Zulagen von zwei bis drei Euro pro Stunde. Gerechtere Verdoppelung. Manche Dinge kann man ja auch stufenweise erreichen – warum nicht auch hier mal ein erster Schritt.

**Beamte in Ausbildung – Zulagen:** Es ist uns ein Anliegen, dass auch Beamte in Ausbildung Zulagen erhalten, wie auch ihre ausgebildeten Kollegen. Es ist unredlich, die Zeiten, in denen Ausbildungsbeamte im regulären Dienst arbeiten, auf ein Jahr auszuweiten, ihnen aber nicht alle vergleichbaren Zulagen zu bezahlen.

**Wochenarbeitszeit:** Sie beträgt bei den Beamten seit Jahren 41 Stunden. Sie liegt damit zwei Stunden über der von Tarifbeschäftigten und bis zu sechs Stunden über der Wochenarbeitszeit von Beschäftigten in der Wirtschaft. Es wird Zeit, dass man diese Wochenarbeitszeit auf den Prüfstand stellt, anderen Bundesländern folgt und mindestens auf 39 Stunden reduziert.

**Verlust an Freizeit(qualität):** Ein Teil der Polizei ist auf Abruf bereit oder verrichtet über einen längeren Zeitraum die Arbeit außerhalb der Wohnortnähe. Damit haben die Kolleginnen und Kollegen auch nicht die Möglichkeit nach Dienstende die Freizeit mit der Familie und Freunden zu verbringen. Kein Mensch würde länger auf einer Bohrinself arbeiten, wenn er für die Arbeitszeit und insbesondere den Verlust an Freizeitqualität (Familie/Freunde) keinen Ausgleich bekommen würde. Es wird dringend Zeit, dass wir gesetzliche Regelungen bekommen, die eine Arbeitsaufnahme auf Zuruf und/oder aber Arbeitsbedingungen mit einer deutlichen Einschränkung der Qualität an Freizeit und mentaler Regeneration ausgleichen.

**Attraktivität/Karriereplanungen:** Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass man die Attraktivität erhöhen und verlässliche Karriereplanungen schaffen möchte. Hierzu sollen deutlich verbesserte und verlässlichere Entwicklungsperspektiven geschaffen werden. Spürbare Strukturverbesserun-

gen sollen im Personalbereich umgesetzt werden. Dazu soll eine Kommission unter Federführung des Innenministeriums eingerichtet werden, die sich mit der weiteren Ausgestaltung der laufbahnrechtlichen Rahmenbedingungen beschäftigen wird.

Der richtige Zeitpunkt ist jetzt. Steigende Einstellungszahlen und tausende Beamte, die in eine höhere Laufbahn aufsteigen möchten, sind ein Grund dafür. Die DPoIG tritt weiterhin für eine eigenständige Besoldungs- und Laufbahnordnung P ein, die den Besonderheiten der Polizei gerecht wird. Überdies sieht die DPoIG darin auch eine Möglichkeit, eine in Planung befindliche Dienstpostenbewertung mit zu erwartenden massiven Verschlechterungen für die praktische Polizeiarbeit wie auch für die Zukunftsplanungen der Polizeibeamten entbehrlich zu machen.

**Personalgewinnung:** Die Gewinnung von gutem Nachwuchs und ausreichend Personal ist eine zentrale Herausforderung. Ausgebildete Poli-

zeibeschäftigte aus anderen Bundesländern können bislang nur mit einem Tauschpartner eingestellt werden.

Das muss sich ändern. Von den aktuell mehr als 450 unbesetzten Stellenanteilen könnten mit Sicherheit mehr als 50 Stellen sofort besetzt werden, wenn man die Bindung an Tauschpartner aufgibt. Dieses System verhindert einen offenen Wettbewerb, wie er durch die Föderalismusreform in Gang gesetzt wurde.

Es gibt viel zu tun. Der gesamten Landesleitung und mir ist es wichtig, dass unsere Mitglieder wissen, dass wir ihre Probleme nicht nur erkennen, sondern aktiv für die Verbesserungen kämpfen. Nicht alles gelingt gleich, vieles braucht Zeit. Wir selbst sind oft ungeduldig, weil die meisten Probleme nicht erst seit gestern bestehen. Aber wir wollen mit ganzer Kraft im Sinne unserer Mitglieder weiterarbeiten – das gilt auch für das Jahr 2018.

*Ihr/Euer  
Ralf Kusterer*

## Arbeitnehmerausschuss des BBW Beamtenbund Tarifunion tagt unter Vorsitz von Martin Schuler in Baiersbronn

Die Förderung der spezifischen Anliegen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst war bisher im BBW die Aufgabe des Arbeitnehmerausschusses. Die Mitglieder des Arbeitnehmerausschusses wurden durch den Landeshauptvorstand gewählt und wählen selbst einen Vorsitzenden, der dann Mitglied im Landesvorstand und der Landestarifkommission ist. Über mehrere Amtszeiten hinweg war Martin Schuler

(Freiburg) Vorsitzender dieses Gremiums. Nach einer Satzungsreform geht dieser Ausschuss in die zukünftige Landestarifkommission über.

Die letzte Sitzung fand in Baiersbronn statt und wurde wie bewährt von Martin Schuler geleitet. Dabei nutzte der Arbeitnehmerausschuss die Sitzung, um wichtige Weichenstellungen innerhalb des BBW und dessen Gewerkschaftstages vorzubereiten. ■



> Der Arbeitnehmerausschuss des BBW Beamtenbund Tarifunion mit ihrem Vorsitzenden Martin Schuler (Bildmitte hinten)



Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion in Berlin

## Geschäftsführender DPoIG-Landesvorstand unmittelbar in richtungsweisende Entscheidungen eingebunden



> Die Delegation der DPoIG Baden-Württemberg. Vordere Reihe von links: Jürgen Engel, Marion Rothmund, Ralf Kusterer, Uschi Korn, Sarah Leinert; hintere Reihe von links: Jürgen Vogler, Edmund Schuler, Jörg Timmann, Oliver Auras, Manfred Ripberger

Landesvorstandes der DPoIG Baden-Württemberg.

In zwei arbeitsreichen Kongress- tagen haben die Delegierten mit Beschlussfassungen zu mehr als 700 Anträgen die Leitlinien für die gewerk- schaftspolitische Arbeit des dbb beamtenbund und tarif- union in den kommenden fünf Jahren festgelegt.

Abgestimmt wurde auch über zentrale Positionierungen des dbb Bundeshauptvorstandes und der dbb Bundestarifkom- mission.

Ihr gemeinsames Ziel: ein moderner, konkurrenz- fähiger öffentlicher Dienst für Deutschland. ■

Unter dem Motto „Im Dienst der Menschen“ fand im Novem- ber 2017 im Estrel Convention Center Berlin der Gewerk- schaftstag des dbb beamten- bund und tarifunion statt, der

mit mehr als 1,3 Millionen Mit- gliedern Deutschlands gewerk- schaftliche Spitzenorganisation für die Beschäftigten des öffent- lichen Dienstes und der privati- sierten Bereiche ist. Insgesamt

nahmen 630 stimmberechtigte Delegierte der Fachgewerk- schaften sowie 870 Gastdele- gierte und Gäste teil. Darunter Mitglieder der Landesleitung und des geschäftsführenden

Landesfeuerwehrfachtagung 2017

## Kompetent und erfolgreich in der Interessenvertretung

Hitze und brennliche Dinge sind eigentlich ihr Ding – der Um- gang damit tägliche Arbeit. Und doch gibt es Themen, die unsere Berufsfeuerwehren und hauptamtlichen Kräfte der Feuerwehren in Hitzewallun- gen bringen können. Diese sachgerecht aufzuarbeiten und Lösungsansätze zu erarbeiten, hatten sich die Vertreter der betroffenen Orts- und Kreis- verbände (Feuerwehr) in Bai- ersbronn bei der Landesfeuer- wehrfachtagung 2017 vom 23. bis 24. November 2017 vorge- nommen.

### ■ Zuschuss zur privaten Krankenversicherung

Diskutiert wurde neben der Forderung an sich auch die Auswirkungen auf diejenigen Beamte, die heute schon von ihren Städten ordentlich be- handelt werden. Der Zuschuss zur privaten Krankenversiche- rung soll erhöht werden. Im Kern wird daran festgehalten, dass auch tatsächliche Leistungen aus der Heilfürsorge nicht unbeachtet bleiben dürfen, wenn man finanzielle Aus- gleiche schafft.

### ■ Zukunftsfähige Ausrichtung

Eine wahre Aufbruchstim- mung war spürbar. Mit großem Engagement wollen die Mandatsträger ihren Bereich fachlich wie auch gewerk- schaftspolitisch nach vorne bringen. Dazu gehören auch Fragen der Darstellung nach außen und das einheitliche Auftreten.

Hier werden bereits im Jahr 2018 erste Maßnahmen sicht- bar werden.

### ■ Vorbereitung auf den Ruhestand

Von der DPoIG werden jähr- lich Seminare zur Vorberei- tung auf den Ruhestand an- geboten. Mit einem ähnlichen Angebot will man zukünftig den Besonderheiten auch der Kommunalbeamten Rechnung tragen.

Kollege Uwe Ruhmann aus Pforzheim wird sich dem Thema Ruhestand und Vorbe- reitung darauf annehmen. >





## ► Erfahrungsstufen

In Pforzheim läuft aktuell ein Verfahren zur Festlegung der Erfahrungsstufen in der Besoldungstabelle. Hier wartet man das Ergebnis ab, um dieses dann gegebenenfalls als Muster in anderen Bereichen verwenden zu können.

## ► Landesfeuerwehrbeauftragter

Katja Schmidhäußler ist zum 31. Dezember 2017 von ihrem Amt zurückgetreten. Zur Unterstützung des stellvertretenden Landesfeuerwehrbeauftragten Siegfried Braun, der bis zu einer Neuwahl im Landeshauptvor-

stand das Amt übernimmt, wurde aus Karlsruhe der Kollege Oliver Walther zugewählt. Oliver Walther betreut aktuell das Thema Krankenkassenzuschuss. Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer bedankt sich bei Oliver Walther für seine Bereitschaft und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit. Auch er

hatte sich Zeit genommen, um den Kollegen für Fragen und Hinweise zur Verfügung zu stehen und über aktuelle Entwicklungen und Gespräche mit dem Städtetag zu informieren. Dabei stellte er fest, dass jährlich wieder eine Landesfeuerwehrtagung durchgeführt werden muss.

## Bezirkstagung des Bezirks Freiburg



► Teilnehmer der Bezirkstagung Freiburg

Am 28. November 2017 fand in Buchenbach die Bezirkstagung Freiburg 2017 statt, an der die Delegierten der Kreisverbände Freiburg, Waldshut-Tiengen, Lörrach und Emmendingen teilnahmen.

Bezirksvorsitzender Thomas Gsell gab zunächst seinen Rechenschaftsbericht über den Berichtszeitraum vom 19. Februar 2016 an ab. Dabei zog er einen weiten Bogen durch die gewerkschaftspolitischen Aktivitäten im Bezirksverband und ging dabei auch auf die Beförderungssituation und die Möglichkeiten der Stufenlaufzeitverkürzungen bei den Tarifbeschäftigten ein. Ebenso auf das Übersoll im Tarifbereich und die damit verbundenen

Schwierigkeiten, die Tarifbeschäftigten höher zu gruppieren und die befristeten Arbeitsverträge in unbefristete umzuwandeln. Natürlich stand auch das Thema Polizeireform auf der Tagesordnung. Auch wenn die Betroffenheit durch die Reform der Reform innerhalb des Polizeipräsidiums Freiburg eher gering sein wird.

Dabei lag es Thomas Gsell am Herzen auch auf die prekäre Situation im Personalbereich und die damit verbundenen Schwierigkeiten hinzuweisen.

Eine Freude war es für Thomas Gsell, dass auch der Landesvorsitzende Ralf Kusterer sowie die Geschäftsführerin und Justizia-

rin, Frau Sarah Leinert, nach Buchenbach gekommen waren. In seinem Bericht streifte Ralf Kusterer die Ausbildungsmisere mit den Problemen an den Standorten zur Aus- und Fortbildung sowie das Urteil des Landesverfassungsgerichts Sachsen zur Anpassung der Besoldung. Das Spektrum seiner Ausführungen reichte von der Frage der Auswirkungen der Polizeireform auf die Personalratswahlen bis zu den dringend benötigten Glasfaserkabeln für die Dienststellen.

Im Weiteren berichtete Sarah Leinert über den gewerkschaftlichen Rechtsschutz und die aktuellen Entwicklungen. Mit großer Aufmerksamkeit wurde dieser Vortrag verfolgt, da die

Gewährung eines optimalen Rechtsschutzes auch für die Kreis- und Ortsverbände von großer Bedeutung sind. Dabei konnten die Mandatsträger der gewerkschaftlichen Basis feststellen, dass die rechtliche Interessenvertretung unserer Mitglieder bei Sarah Leinert in besten Händen ist.

Der Bezirksverband Freiburg war und ist ein Sammelbecken engagierter DPoIG-Mitglieder. Und auch sie waren natürlich dabei. Berndt Wittmeier – Landesseniorenbeauftragter der DPoIG, Otto Schoch – Ehrenmitglied, Martin Schuler – Mitglied der DPoIG Landesleitung und Marion Rothmund – Landesfrauenbeauftragte.



## Schwarzfahren – eine Straftat?

Seit Jahren gibt es im Bund und einigen Ländern Vorstöße, dass Schwarzfahren nur noch als Ordnungswidrigkeit eingestuft werden sollte.

In einer Stellungnahme gegenüber dem Staatsanzeiger machte Ralf Kusterer deutlich, dass er den Eindruck habe, dass man gesellschaftlich auf dem völlig falschen Weg ist, wenn immer wieder Fehlverhalten bagatellisiert wird. Wer öffentliche Verkehrsmittel benutzt, ohne die Fahrt zu bezahlen, fährt auf Kosten der Allgemeinheit. Dieser Schaden dürfte nach Einschätzungen der DPoIG bei circa 300 Millionen Euro im Ausfallvolumen liegen. Kusterer dazu: „Nicht alles, was die Polizei und die Justiz entlasten würde, ist auch sinnvoll.“

In Deutschland ist zu Recht das vorsätzliche Schwarzfahren eine Straftat, das sogenannte „Erschleichen von Leistungen“. In der Regel trifft es nicht denjenigen, der im Nahverkehrszug vergaß, das Ticket vorher zu lösen. Mehrfachtäter werden aber zu Recht zur Anzeige gebracht, so Kusterer. In Berlin sprechen wir von circa 50 000 Anzeigen.

Nach Recherchen der DPoIG kann man in Baden-Württemberg von circa 30 000 Fällen im Jahr 2017 ausgehen (Höchststand 2014 mit fast 35 000 Fällen). Naturgemäß ist die Auf-

klärungsquote sehr hoch, weil ja die Tat auch gleich den Täter liefert. Im Zehnjahresvergleich liegt man fast immer deutlich über der 30 000er-Grenze. Auch diese Zahl zeigt, dass wir hier nicht von einer Kleinigkeit reden.

Der Bundesgerichtshof entschied hierzu vor einigen Jahren, dass es sich auch dann um eine Leistungserschleichung handle, wenn der Fahrgast ein öffentliches Verkehrsmittel benutzt in der Hoffnung, nicht aufzufallen. Dabei sei es nicht erforderlich, dass die Person Schutzvorrichtungen überwin-



det oder Kontrollen umgeht (Beschluss vom 8. Januar 2009; Az.: 4 StR 117/08).

Und gerade weil es sich um eine Straftat handelt, haben auch Kontrolleure und Bürger das sogenannte „Jedermannsrecht“, mit dem sie den Täter festhalten können, bis die Polizei kommt. ■

## Bezirkstagung Stuttgart 2017

Anlässlich einer kombinierten Bezirks- und Arbeitstagung standen zahlreiche Wahlen auf der Tagesordnung. Innerhalb der Bezirksverbandstagung wurde Mike Müller (OV Stuttgart 2) einstimmig von den Delegierten zum stellvertreten-

den Bezirksvorsitzenden der DPoIG Stuttgart gewählt.

Für die JUNGE POLIZEI im Bezirk Stuttgart konnten nach vielen Bemühungen endlich wieder zwei engagierte Kandidaten gefunden werden.

Sabrina Kracker für den Ortsverband Stuttgart 2 und Stefan Böddeker für den Ortsverband Stuttgart 1 sind zukünftig Ansprechpartner für die Probleme und Belange der jüngeren Kolleginnen und Kollegen.

Im Rahmen der Ortsverbandsvertreter wurde im Ortsverband Stab/Kripo Sarah Lappe einstimmig als Schatzmeisterin gewählt. Die bislang mit zwei Funktionen betraute Gudrun Müller konnte somit von ihrem Amt als Schatzmeisterin entlastet werden.

In der Arbeitstagung wurden Themen besprochen wie Informationssteuerung innerhalb des Bezirks, Vertrauenspersonen auf allen Organisationseinheiten, organisatorische Abläufe, einheitliches Auftreten, Informationstafeln und vieles mehr.

Die Vorsitzende des Bezirksverbandes Stuttgart, Anja Prottegeier, zeigte sich erfreut über die rege Mitarbeit und die Entwicklungen im Bezirksverband. Die Weichen sind gut gestellt und das kollegiale Miteinander bereitet große Freude. ■



> Teilnehmer der Bezirkstagung in Stuttgart





# Finanzmittelkürzungen der Städte und Kommunen

Skeptisch betrachtet die DPoIG das Vorhaben der Landesregierung, die finanziellen Mittel für Städte und Kommunen im Rahmen der Erhöhung des Vorwegabzuges im Finanzausgleich um rund 200 Millionen Euro zu kürzen.

Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender der DPoIG, hat festgestellt, dass dieser Eingriff in die Finanzen der Kommunen für die nächsten Jahre bis 2021 erhebliche Konsequenzen haben wird. Engel: „Die Polizei braucht starke Partner an ihrer Seite, die finanzielle Spielräume zur Verbesserung und Erhalt der Sicherheit in den Kommunen haben. Insbesondere wenn man an die dauerhafte Überlastung der Polizei denkt!“

Ein Eingriff in dieser Größenordnung wird sich sicherlich mit Kürzungen in den Verwal-

tungshaushalten der Kommunen niederschlagen, explizit bei bereits Verschuldeten. „Hoffentlich führt dies in den nächsten Jahren nicht zu einem Personalabbau in den Ordnungsämtern, die wichtige Partner bei der Prävention und Sanktionierung von Ordnungsstörungen sind, so Engel. „Wenn ich mir überlege, welches Problem man den Kommunen mit dem Aufheben des Alkoholverkaufsverbots beschert hat und zeitgleich diese finanziell schwächt, dann ist das kaum zu verstehen. Wer soll Platzverweise denn zukünftig umsetzen? Viele Be-



© Friedhelm Windmüller

> Jürgen Engel

treuungs- und kommunale Präventionsangebote könnten in einigen Gemeinden aus Haushaltären Gründen gefährdet werden. Letztendlich wird die Polizei die Auswirkungen wieder voll treffen und muss die entstehenden Brennpunkte in Städten und Gemeinden lösen.

Der Präsident des Gemeindetages BW, Roger Kehle, hatte an alle Oberbürgermeister und Bürgermeister ein Schreiben gerichtet, in dem die Auswirkungen der gestaffelten Erhöhung des Vorwegabzuges in Höhe von 200 Millionen Euro ausführte.



© Presseagentur Klaus Schultes

## Laura Brucker (KV HfPol Lahr) ist amtierende Miss Schwarzwald

Herzlich gratuliert die POLIZEI-SPIEGEL-Redaktion Kollegin Laura Brucker vom Kreisverband HfPol Lahr zu ihrer Wahl zur Miss Schwarzwald.

Die Wahlen fanden im bekannten Relais-et-Chateaux-Hotel Dollenberg in Bad Peterstal-Griesbach statt.

Unter 15 Mitbewerberinnen im Alter zwischen 18 und 27 Jahren konnte sich die

19-jährige Laura Brucker durchsetzen.

Die Wahl war eingebettet in eine Show aus Musik und Tanz, an deren Anschluss der Zweisterne-Koch Martin Herrmann Laura Brucker mit der Siegerkrone küren durfte. Sie qualifizierte sich damit zur Wahl der Miss Baden-Württemberg in Offenburg, bei der Laura den ausgezeichneten dritten Platz belegen konnte.



## Blaulichtparty Stuttgart – erneut ein voller Erfolg

Vermutlich zur größten Blaulichtparty im Bundesgebiet lud die JUNGE POLIZEI Baden-Württemberg nach Stuttgart ein. Über 1 600 Angehörige des öffentlichen Dienstes und der Blaulichtorganisationen folgten der Einladung in die Diskothek PENTHOUSE.

Um die Teilnahme an der Party auch den Kolleginnen und Kollegen aus den Ausbildungs- und Studienstandorten zu ermöglichen, wurden Shuttlebusse organisiert.

Als besonderer Anreiz wurden von der JUNGEN POLIZEI Getränkespecials angeboten und ein Gewinnspiel lockte mit tollen Preisen. Als Hauptpreis freute sich der Gewinner über ein LENOVO Tablet im Wert von über 300 Euro.

Bereits zum siebten Mal war die Blaulichtparty ein voller Erfolg, sodass auch 2018 wieder eine Veranstaltung stattfinden wird.

## Schulungen – Reisen – Seminare

### Berlin – Ort der Politik und Geschichte

11. bis 15. April 2018 Leistungen und Programm\*  
Informationsfahrt – 5 Tage

- > Fahrt im modernen Reisebus
- > Verschiedene Zustiegeorte, werden später bekannt gegeben
- > Unterbringung im 4\*-Hotel „Golden Tulip Hotel Hamburg“ mit Halbpension
- > Besuch Bundestag mit Vortrag und Besichtigung der Kuppel
- > Besuch des Bundesrates
- > Besuch des Bundeskanzleramtes
- > Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- > weitere Programmpunkte geplant

#### Teilnehmerbeitrag (pro Person):

285 Euro für DPoIG-Mitglieder und Angehörige,  
300 Euro für Nichtmitglieder

#### Anmeldungen und Informationen Dieter Knolmar

Telefon: 07322.9653-400 oder E-Mail: dieter.knolmar@dpolg-bw.de



Für das Seminar kann Sonderurlaub beantragt werden. Entsprechende Teilnehmerbescheinigungen werden zugesandt.

Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband BW, Kernerstr. 5, 70182 Stuttgart, 0711.9979474-0, info@dpolg-bw.de

\* Das Seminarprogramm wird für jede Reise durch die Konrad-Adenauer-Stiftung erstellt. Das detaillierte Programm wird rechtzeitig vor Reisebeginn zugesandt. Änderungen im Programmablauf vorbehalten.



[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

+

**Wir trauern um**

EPHK Udo Scheidt,  
Mannheim

PHK Dieter Falkenstein,  
Esslingen

Arno Schaudt,  
Ulm

Jürgen Seliger,  
Lahr

Otto Wurlich,  
Karlsruhe

## Liebe DPoIG-Mitglieder,

bitte teilen Sie alle persönlichen Veränderungen zu Ihrer Mitgliedschaft, wie zum Beispiel:

- > Adressänderung
- > Änderung Bankverbindung
- > Beförderung
- > Zuruhesetzung/Eintritt in die Rente
- > Elternzeit (Ruhe der Mitgliedschaft ohne Beitragszahlung)
- > Partnermitgliedschaft (beide sind Mitglied der DPoIG und leben zusammen) et cetera

an die DPoIG-Landesgeschäftsstelle,  
Kernerstr. 5, 70182 Stuttgart, Telefon: 0711.9979474-0,  
E-Mail: [info@dpolg-bw.de](mailto:info@dpolg-bw.de), mit.

Änderungen, die Sie als DPoIG-Mitglied betreffen, werden uns nicht von Ihrer Dienststelle mitgeteilt. Wir sind hier auf Ihre Informationen angewiesen.

Ferner weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass vor Inanspruchnahme eines Rechtsanwaltes ein entsprechender Antrag auf Rechtsschutz gestellt werden muss.

Diesen Antrag auf Rechtsschutz schicken Sie bitte an unsere Anschrift oder geben ihn bei Ihrem Kreisverband vor Ort ab. Der Antrag kann im Internet unter [www.dpolg-bw.de](http://www.dpolg-bw.de) heruntergeladen werden.

Wir bitten auch darum, dass Sie uns Post für die DPoIG BW nicht über die Dienstpost senden, sondern direkt an die DPoIG-Geschäftsstelle. Die Briefe kommen sonst entweder zeitverzögert oder gar nicht bei uns an.

Ihr Team der DPoIG-Landesgeschäftsstelle

*Deutsche Polizeigewerkschaft  
Landesverband Baden-Württemberg e.V.*

**Die DPoIG-Landesgeschäftsstelle bitte um Ihre Mithilfe!!!**

## Seminare zum Ruhestand 2018

### Die erfolgreiche Seminarreihe „Vorbereitung auf den Ruhestand“ wird auch im neuen Jahr wieder fortgesetzt.

Die Seminare finden am 25./26. April 2018 und 17./18. Oktober 2018 statt.

Zum Seminarpreis für 60 Euro werden Sie in Baiersbrunn-Obertal im „Waldhotel Sommerberg“ bestens versorgt. Der Seminarpreis beinhaltet Unterbringung im Einzelzim-

mer, Verpflegung und Seminarunterlagen.

Das Seminar ist für DPoIG-Mitglieder gedacht, die in den nächsten 12 bis 18 Monaten in den Ruhestand/Rente gehen.

Pro Seminar stehen 20 Plätze zur Verfügung, weshalb die An-

meldungen in der Reihenfolge des Posteinganges berücksichtigt werden.

Interessenten können sich unter der E-Mailadresse

[organisation@dpolg-bw.de](mailto:organisation@dpolg-bw.de)

anmelden.

Deutsche Polizeigewerkschaft  
Landesverband  
Baden-Württemberg e.V.  
Kernerstr. 5  
70182 Stuttgart  
Telefon: 0711.9979474-0  
Fax: 0711.9979474-20  
[www.dpolg-bw.de](http://www.dpolg-bw.de)